

# Bargeld ist ein Stück Freiheit

Erich Hambach referierte auf Einladung von KEB und AnpLO

**Rottersdorf.** Die Abschaffung aller Banknoten oder Münzen sei von langer Hand geplant und stehe in naher Zukunft bevor. So sei der Weg zum „gläsernen Kontosklaven“ vorgezeichnet. Diese und weitere Aussagen tätigte Erich Hambach, seines Zeichens Finanzexperte, Wahrheitsforscher, Aufklärer und Buchautor bei seinem Vortrag am Freitagabend. Auf Einladung von AnpLO und KEB referierte er im Vilstaler Hof. Es gelte gegenzusteuern, wobei es diesbezüglich auch Möglichkeiten gebe.

Einleitend begrüßte Josef Ostner die Zuhörerschaft, unter ihnen auch die Organisatorin Ingrid Kürzinger. Bereits seit 2010 werde das Vorhaben mit zunehmender Intensität diskutiert, so der Betriebswirt. Damals wurde zum ersten Mal eine Obergrenze für Bargeldgeschäfte in Ländern der EU eingeführt. Nur noch zwischen rund 1 000 Euro und etwa 15 000 Euro können in zahlreichen Ländern der EU Barzahlungen tätigt werden. Speziell in Italien sei es beispielsweise nicht mehr möglich, eine Ferienwohnung bar zu bezahlen. In Österreich herrsche Registrierkassenpflicht für Bargeldgeschäfte, was für manche kleine Händler das Aus darstelle. Jedes Land in der EU, aber auch darüber hinaus, unternahme immer wieder andere Versuche zur Bargeldabschaffung. In Norwegen habe man einen Weg gefunden, Kinder komplett bargeldlos aufzuziehen, indem sie schon mit sieben Jahren eine Maestrokarte übertragen bekommen. Sie kennen also das Bargeld kaum noch und vermischen es auch nicht.

Ohne Bargeld verliere man leichter den Überblick, verschulde sich schneller. „Ohne Bargeld verlieren wir den Rest unserer Freiheit“, meint Erich Hambach. Aussagen wie Bargeld bekämpfe Schwarzarbeit, erschwere Steuerhinterziehung oder Kriminalität seien lediglich Scheinargumente, die so nicht stimmen. Industriekonzerne und



Beim Vortrag: Erich Hambach (Mitte) mit Organisatorin Ingrid Kürzinger und Josef Ostner. (Foto: Bergbauer)

Verbrecherorganisationen finden ihre eigenen Wege. Es brauche kein Bargeld, um kriminell zu sein. Bargeld sei vielmehr der letzte Feind der Negativzinsen. Die Banken müssen für Geld, das sie nicht ausleihen, Strafzinsen zahlen. Die Menschen werden schleichend enteignet, rechne man die Bearbeitungsgebühr und Inflation mit ein. Hinzu komme die direkte Enteignung, nämlich die Zinsabgabe, die bereits im Entwurf existiere. Die vom IWF vorgeschlagene Zwangsabgabe in Höhe von zehn Prozent des Sparguthabens sei eine reale Forderung.

Man verpasse dem Bargeld ein Negativimage und führe eine Obergrenze ein. Der nächste Schritt sei eine Absenkung dieser Grenze. Nach dem 500-Euro-Schein-Verbot komme irgendwann das 200-Euro-Schein-Verbot. Dann werde es für Bargeschäfte drastische Gebühren geben. Dieser schleichende Prozess sei vorbereitet und recherchier- und belegbar.

Schweden habe als erstes Europäisches Land die Abschaffung des Bargeldes bis spätestens 2030 zu vollziehen, beschlossen. Diese Jahreszahl sei offensichtlich der weltweite Plan, innerhalb der EU soll dies sehr viel früher passieren. Erich Hambach könne es sich für 2018 sehr gut vorstellen. Angeblich

existiere auch ein entsprechender Ministerratsbeschluss, in dem sich die Finanzminister Europas in diesem Punkt einig seien.

Das Thema sollte der Bevölkerung aus mehreren Gründen sehr wichtig sein. Bargeld sei ein Stück der eigenen Selbstbestimmung, auch ein Stück Privatsphäre. Heute lasse sich durch das digitale Kaufverhalten schon sehr viel elektronisch nachvollziehen. Man sei der behördlichen oder staatlichen Willkür völlig ausgeliefert. „Das Bargeld ist ein Stück persönlicher Freiheit, das wir uns unbedingt bewahren müssen.“

Erich Hambach ist einer jener Streiter, die sich in den Initiatoren der Bargeldrettungsbewegung zusammenschlossen und aktiv gegen dieses Vorgehen etwas unternahmen. Es brauche die tatkräftige Unterstützung aus der Bevölkerung, da man durchaus Möglichkeiten habe. So verwies er auf Online-Petitionen, in denen der Bürger sein Votum abgeben könne, damit die Initiatoren eine Handhabe haben. Geplant sei eine Großdemonstration kurz vor der Bundestagswahl in Berlin sowie weitere Demonstrationen in vielen anderen Städten Deutschlands. Noch sei vieles im Entstehen, denn in weiten Teilen der Bevölkerung sei das Thema noch nicht angekommen.